

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

55 (6.3.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger zugestellt 14 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 14 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Ablagen abgeholt 12.50 M monatlich. — Einzelhefte 80 Pf.

Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 2.20 M. Die Restameise bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Lebenshaltung in einem Jahre um 120 Prozent verteuert

Die Teuerung hat im Monat Februar stark zugenommen. Die Lebenshaltungskosten für den Monat Februar liegen um 120 Prozent über dem Stand von einem Jahre (Februar 1921) bedeutet dies eine Verteuierung der erwünschten Lebensbedürfnisse um 120 v. H. Die Kosten der Lebenshaltung haben sich also seitdem weit mehr als verdoppelt. Zu der Verteuierung im Monat Februar tragen vor allem die Ernährungsausgaben bei, deren Indexziffer von 219 im Januar um 23 v. H. auf 277 gestiegen ist. Die Preise für Brot, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Obst und Gemüse sind im Februar um 20 bis 30 Prozent gestiegen. Auch die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und die Wohnungsmiete haben sich weiter verteuert. Die Aufwärtsbewegung der Preise war, wie im Vormonat, innerhalb des Reiches nicht einheitlich.

Die geheimen Streikankündigungen der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten

Ueber die letzten Ziele des jetzigen Vorstandes der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter Techniker die nachfolgenden Entschlüsse aus den Geheimnissen des Aktionsausschusses, dem auch Herr Menne angehört, Aufschluß geben. In den geheimen Verhandlungen der obersten Streikleitung, Berlin W. 8. G. 70 vom 29. Dezember 1921 über „Die Maßnahmen für die Durchführung eines Generalstreiks auf der Eisenbahn“ (Nr. 23) heißt es:

Sabotage: 1. Alle unter Dampf stehenden Lokomotiven, einbezogen diejenigen, die sich auf der Strecke befinden, sind durch Entfernung des Feuers betriebsunfähig zu machen. An den im Schuppen stehenden Lokomotiven ist nach Möglichkeit eine Zule zu entfernen, während auf den auf der Strecke befindlichen Lokomotiven das Entfernen eines für die Instandsetzung der Lokomotiven notwendigen Maschinenteils genügt. 2. Die Rangierlokomotiven in den Bahnhöfen sind ebenfalls außer Betrieb zu setzen und sperren die Fahrstrassen. 3. Drehmaschinen und Besetzungsanlagen sind ebenfalls außer Betrieb zu setzen. 4. Je nach örtlichen Verhältnissen können noch besondere Maßnahmen getroffen werden, die darauf bedacht sind, daß der Lokomotivbedienstete durch sogenannte Technische Notfälle nicht überfordert werden kann. 5. Ist der Verkehr auf diese Weise lahmgelegt, so darf die Weiterführung durch Ersatzleute nicht zu beabsichtigen ist, dann bleibt dieser Zustand.

Verwendung des Personals: Ist der Streik erklärt, so ist der gesamte Betrieb still zu legen. Das Personal wird dann verwendet: a) zur Organisation, b) zur Durchführung des Streiks und Nachrichtenendienstes, c) zur vorübergehenden Aufnahme eines beschränkten Verkehrs, zur Nachrichtenübermittlung, Transportbewachung, d) zur Befehls- und Telegraphen- und Fernsprechanlagen.

Publikum: Dem Publikum gegenüber ist ein entschlossenes Auftreten geboten. Gegen wilde Massen ist rücksichtslos einzuschreiten.

Terror: Die dem Streik zuwiderhandelnden Kollegen sind festzusetzen und dem Vorstand der Reichsgewerkschaft zu melden.

Verbindungen: Zur Erhöhung der Strohkraft haben die Streikleitungen die Mitwirkung anderer Gewerkschaften zu erstreben. Es können mit diesen gemeinsam Streikleitungen gebildet werden. Es ist nach Möglichkeit, nötigenfalls durch geeignete persönliche Geldbewegungen für den Burgfrieden der Eisenbahngewerkschaft zu sorgen.

Organisationsfrage: Ueber die Art und den Aufbau der Streikorganisation ist unbedingt Stillstehen zu betonen. Alle getroffenen Maßnahmen sind geheim zu halten. Zusammenkünfte dürfen nur an sicheren und geheimen Stellen stattfinden. Alle Zusammenkünfte werden organisiert und geleitet durch Mitglieder des Aktionsausschusses.

Streikleitung: Den Mitgliedern der Streikleitung ist zu empfehlen, beim Streikausbruch sich aus ihren Wohnungen zu entfernen. Während des Streiks ist das Tragen der Uniform möglichst zu vermeiden.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion

Am Samstag mittags zusammen, um den Bericht über die Verhandlungen über die Zwangsanleihe entgegenzunehmen. Eine einstimmige Stellungnahme der Fraktion zu den Plänen des Reichsfinanzministeriums wird erfolgen, sobald das Gutachten über die Auffassung der übrigen Parteien näher dargelegt haben. Allgemein wurde eine schnelle Verabschiedung der Steuerergänzung aus außenpolitischen Gründen für notwendig erachtet.

Gleichzeitig beschäftigte sich die Fraktion mit der Vorbereitung und den Getreidepreisen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig ist, von der Regierung eine Verordnung zu verlangen, nach der die bereits erfolgten Getreideaufläufe der neuen Ernte, soweit sie zu außergewöhnlich hohen Preisen erfolgt sind, für ungültig erklärt werden. Sollte sich die Regierung zu einer entsprechenden Verordnung nicht entschließen, so wird erwartet, daß den Ländern die Ermächtigung erteilt

Die Dispositionen des Reichstags

Der Reichstag, 4. März. Der Vizepräsident des Reichstages beschloß in seiner heutigen Sitzung, an der auch der Reichsfinanzminister teilnahm, daß der Steuerzuschuß die Steuererläge und das damit verbundene Kompromiß über die Zwangsanleihe in Vormittags- und Nachmittagsitzungen bis zum Mittwoch der nächsten Woche zum Abschluß bringen soll. Die nächste Vollziehung des Reichstages wird am Donnerstag stattfinden und man hofft, die Beratung der Steuererläge schnell zu erledigen.

Bon der Umsatzsteuervorlage

Der Steuerzuschuß des Reichstages beendete am Samstag die zweite Lesung des Umsatzsteuergesetzes. Eine lebhaft entwickelte Diskussion über die Frage, wann das Gesetz in Kraft treten soll, von bürgerlicher Seite wurde als Termin der 1. April gefordert. Linere Genossen hielten an dem 1. Januar 1922 fest, insbesondere deshalb, weil der Handel schon seit diesem Termin im Hinblick auf das kommende Gesetz alle Preise erhöht und die Käufe auf den Konsumenten abgewälzt hat. Eine Annahme des bürgerlichen Antrages würde bedeuten, daß der Reichstag dem Handel auf Kosten der Verbraucher ein Geschenk von ca. einer Milliarde machen würde. Mit 14 gegen 14 Stimmen wurde dann dieser Antrag abgelehnt.

Erweiterung der bürgerlichen Koalition in Bayern

Die bayerischen Regierungsparteien erklären jetzt, daß sie sich auf das Koalitionsprogramm mit der bayerischen Mittelparlei geeinigt haben. Die Mittelparlei werden das Justizministerium befragen und empfehlen hierfür den Oberregierungsrat Gärner, der von den bayerischen Deutschnationalen präferierte Justizminister ist ein politisch noch unbeschriebenes Blatt. Er hat die übliche Beamtenkarriere durchlaufen und sich als Leiter des Regenerationsamtes in bürgerlicher Ehrlichkeit ausgezeichnet. Die Reiben des Krieges kennt er lediglich als Verwaltungsoffizier. Die bayerischen Demokraten scheinen von dem „Siege“ nicht so entzückt zu sein, wie die Reichspresse, die eifrig die Wiederherstellung der Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie feiert. So schreibt die „Süddeutsche Demokratische Korrespondenz“, daß Schwierigkeiten wegen der Wahl des Justizministers nicht ausgeschlossen seien und daß es zum mindesten sehr verfrüht ersehe, von einem Abschluß der Koalitionsverhandlungen zu reden.

Vor der Entscheidung über das deutsche Stundungsgeruch

Paris, 5. März. Mittwoch oder Donnerstag wird in Paris die Konferenz der Finanzminister (England, Frankreich, Italien und Belgien) beginnen. Sie soll drei Tage dauern. Das Reuters-Büro bemerkt dazu: Obwohl die Reparationskommission die Reparationsfrage direkt mit Deutschland zu erledigen hat, sind verschiedene Punkte von der Generalregierung zu behandeln, z. B. die Aufstellung der von Deutschland geleisteten Zahlungen unter den einzelnen Entente-Mächten und die endgültige Entscheidung über die Frage einer deutschen Stundung. Diese Punkte sind zwar in Cannes erledigt worden, allein Frankreich hat die Entscheidung von Cannes für nicht bindend erklärt, weshalb sie deshalb in Paris erneut behandelt werden muß.

Weiterer Abtransport amerikanischer Truppen

Paris, 4. März. Wie die „Chicago Tribune“ mitteilt, werden im Laufe des Monats März zwei weitere Transporte amerikanischer Soldaten aus dem Rheinland heimgeführt. Vom Monat April ab zählt das amerikanische Kontingent nur noch 2400 Offiziere und Mannschaften, die jedoch das gleiche Gebiet besetzt halten, wie die ursprüngliche amerikanische Rheinlandarmee.

Rücktritt des spanischen Kabinetts

Madrid, 5. März. Das spanische Kabinett ist zurückgetreten.

Rücktritt der polnischen Regierung

Warschau, 4. März. Da die Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und der Delegation von Vilna über den Text der Urkunde, betreffend die Annexion des Wilnaer Landes durch Polen, gescheitert sind, hat der Ministerpräsident dem Staatschef das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts überreicht.

Pariser Transportarbeiter für Amsterdam

Paris, 4. März. Zum ersten Male seit der Spaltung der französischen Gewerkschaften hat in Paris heute abend eine große Versammlung stattgefunden, die von dem Verband der Straßenbahner und Autobusfahrer einberufen war, der der alten C.G.T. treu geblieben ist. Die Gewerkschaftsverbände der Hauptstadt waren in ihrer Mehrheit schon seit mehreren Jahren kommunistisch gesinnt, und die „rote“ Gewerkschaftsbewegung schien in Paris das Feld zu beherrschen. (Red.) Die Versammlung war ein ungeheurer Erfolg für die Sozialistische Bewegung. Die riesigen Waggon-Säle, die größtenteils von ganz Paris waren gefüllt. Die Anwesenden nahmen unter großem Beifall die Beschlüsse des Sekretärs des Transportarbeiterverbandes Guinchard und des Sekretärs der alten C.G.T. Dumoulin entgegen, die sich mit aller Schärfe gegen die kommunistischen Spaltungsbestrebungen wandten. Verschiedene kommunistische Spaltungsversuche fanden nicht statt. Diese Versammlung endete mit einem vollen Erfolge der Amsterdamer Richtung.

Abriistung?

Durch die Presse geht eine sonderbare Nachricht. Der japanische Kriegsminister, heißt es, sei mit dem Vorhlag vor die Öffentlichkeit getreten, das japanische Landheer um 65 000 Mann zu verringern. Das Abkommen von Washington nötigt Japan nur, ein Teil seiner Großkampfschiffe abzuwraden und in den nächsten 10 Jahren keine neuen Schlachtkreuzer auf Stapel zu legen. Der Beschluß der japanischen Regierung bedeutet also einen freiwilligen Verzicht. Am seltsamsten an dieser ganzen Geschichte ist es aber, daß die Anregung von einem Kriegsminister ausgeht, dessen Aufgabe doch eigentlich das Gegenteil wäre. Handelt es sich hier um ein orientalisches Märchen? Um einen Bluff nach Art jener, wie man sie so gern Amerika unterzieht? Wir glauben nein. In Japan führen friedliche Staatsmänner die Geschäfte, friedlich im guten Sinne des Wortes. Ohne diese Bestimmung hätte die Konferenz von Washington kein positives Resultat erzielen können. Flottenabrüstung, Rückgabe Kiautschou an China und Zurückziehung der japanischen Truppen aus dem Reich des Drachen, das sind Taten, die ohne einen Glauben an Pazifismus nicht möglich sind. Immerhin, es waren Taten, bei denen man einen gewissen Zwang voraussetzen konnte. Anders die Abriistung des Landheeres. Und auch sie ist nur Glied in einer Kette, deren Triebfeder die Abkehr vom Militarismus ist. Nach den Vorschriften des japanischen Kaiserhauses galt bisher für die kaiserlichen Prinzen der Offiziersberuf als der einzig statthafte. Auch diese Bestimmung ist leghin fallen gelassen worden. In Zukunft stehen den kaiserlichen Prinzen alle Berufe offen, unter denen sie nach Gutdünken und Neigung wählen dürfen. Wenn man berücksichtigt, wie stark Japan an seinen Traditionen hängt und als ein wie unantastbares Reich dort die Sitten und Gebräuche des Hofes gelten, dann muß man auch hier mehr als eine Neugierigkeit erwidern. Steht man diese Tatsachen nebeneinander, dann ist es schwer zu glauben, daß es Japan nicht ernst mit seiner Abriistung meint.

In England ist augenblicklich ein Kampf um das Sparprogramm des Herrn Geeds entbrannt. Das Programm hat eine tiefere Bedeutung, als die einer Sparmaßnahme. Man will mit dem bisherigen System der Verwaltung, mit der bisherigen Auffassung von den Pflichten des Staates brechen. Das Beamtenheer soll auf ein möglich geringes Maß reduziert, die Verwaltungsausgaben auf das unumgänglich Notwendige vermindert werden. Man folgt den amerikanischen Grundätzen, nach denen es um so besser ist, je weniger der Staat in das Leben des Einzelnen eingreift, ein im Kapitalismus verankertes Individualismus, der dem sozialen und allgemeinen kulturellen Standpunkt gesehen, nicht ohne Gefahren ist. Aber — Geeds hofft auf diese Weise eine Gesamtsumme von 87 Millionen Pfund Sterling zu erreichen, wobei es allerdings für uns andere Europäer die Frage bleibt, ob diese 87 Millionen nicht doch auf diese oder jene Weise vom Volksganzen herausgelassen werden müssen, nur diesmal unter Ausschaltung der Minderbemittelten. Nun gut. Ein Teil der von Geeds vorgeschlagenen Abträge entfällt auf das Landheer und die Marine. Es ist menschlich, wenn die englischen Militärs nicht den Heroismus ihres japanischen Kollegen zeigen und sich heftig zur Wehr setzen. Einer von diesen Protestanten, die an die Öffentlichkeit getreten sind, ist der Kriegsminister Evans. Was meint Herr Evans? Abträge unumgänglich — Neuanforderung unbedingt geboten? Nicht ganz. Das Geedsche Sparprogramm für das Landheer vollzogen durchzuführen, sei zwar unstatthafte, er sei aber immerhin zur Auflösung von 24 Infanteriebataillonen, 47 Bataillonen Artillerie und 5 Schwadronen Kavallerie bereit. Es ist vielleicht noch in Erinnerung, daß England bereits einmal nach dem Kriege eine beachtenswerte Reduktion seiner Landarmee durchgeführt hat. Also auch hier wird mit dem alten Minder des Militarismus nicht ohne Erfolg ausgeräumt.

Die skandinavischen Staaten haben für den Monat März eine Dreiländer-Zusammenkunft verabredet, die dem Problem der Abriistung gewidmet sein soll. Man darf dieser Konferenz den besten Erfolg wünschen und die Hoffnung ausdrücken, daß Dänemark die Gelegenheit wahrnimmt, um dem Märchen von einer verstärkten, gegen Deutschlands Grenzen gerichteten Rüstungskampagne, der eine engere Verbindung mit Frankreich zugrunde liegt, den Kopf umzudrehen.

Wir sehen, der Abriistungsgedanke macht Fortschritte und wird nicht nur ernsthaft debattiert, sondern ist auch Ausgangspunkt praktischer Bestrebungen. Nach der Völkerbund befaßt sich beinahe mit dem Abriistungssystem, ja, in den ersten befristeten Tagen seines Bestehens hat es sogar, er würde der Abriistung sein Hauptaugenmerk zuwenden. Davon ist nun allerdings heute wenig mehr zu merken und man muß die Bescheidenheit bewundern, mit der in Paris jetzt die im Verborgenen blühende Abriistungskonferenz des Völkerbundes in ihrer Art zur Entloftung des Ehrenbundes beigetragen hat, indem sie an die einzelnen Regierungen das ernsthafte Ersuchen richtete, sie mit Material für das Abriistungssystem zu versehen.

Man kann nicht umhin, anzuerkennen, daß Paris der geeignete Ort für Abrüstungsgedanken ist. Frankreich weist als Verhältnisgröße für seine Heeresstärke die Zahl 2,19 vom Hundert der Bevölkerung gegen 0,17 in Deutschland auf. Seine, der kleinen Entente nahestehenden oder ihr angehörenden Freunde erreichen eine Ziffer von 1,01 bis 1,21 in Polen, 1,47 in der Tschechoslowakei, 1,53 in Jugoslawien und 1,49 in Belgien. Es ist sehr natürlich, wenn sich Frankreich bei diesem Verhältnis durch Deutschland aufs äußerste bedroht fühlt und man kann die zu einer lieblichen Gewohnheit gewordenen Kammerreden vom deutschen Militarismus nur verstehen, wenn man diese Verhältnisse stets vor Augen hat. Sehr natürlich ist es auch, wenn man in Frankreich die Zweimänner-Zusammenkunft Lloyd Georges-Voincaré in Boulogne mit den Worten begrüßt: „Lloyd Georges will die Landabrüstungfrage in Genua zur Sprache bringen. Er wird doch nicht...“

Die tschechisch-slowakische Regierung und ihr Außenminister Benesch, die sich als verantwortliche Mittelpunkte Mitteleuropas fühlen, und um seine Gewandtheit, so tief bejagt sind, würden sich ein europäisches Verdienst erwerben, wenn sie Frankreich mit „schlechtem“ Beispiel vorantgingen.

Deutscher Reichstag

Im Reichstag herrschte am Samstag Ferienstimmung. Die Reden zum Haushalt des Wiederaufbauministeriums wurden zwar programmäßig vom Stapel gelassen, aber es war eigentlich niemand da, der sie anhörte. Staatssekretär Dr. Müller er, der das Wiederaufbauministerium vertritt, verbreitete sich sehr ausführlich über die wichtigsten Aufgaben, die zu erfüllen sind. Die Bemühungen der deutschen Regierung, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete nach besten Kräften zu fördern, finden, wie der Staatssekretär darlegte, bei der französischen Regierung leider nicht das Gegenkommen, das notwendig ist, um die Leiden der Bevölkerung Nordfrankreichs zu lindern. Herr Helfferich glaubte bei dieser Stelle der Rede des Staatssekretärs durch einen Zwischenruf die Auslosigkeit der Erfüllungspolitik betonen zu müssen. Der Redner ließ sich aber nicht beirren, sondern betonte erneut, daß die Regierung fortfahren werde, sowohl Kapital- als auch Arbeitsleistungen der französischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Die Redner der bürgerlichen Parteien forderten endlich wirksame Maßnahmen auf, den geschädigten Auslandsdeutschen endlich wirksame Hilfe angedeihen zu lassen. Nicht mit Unrecht beklagte der Unabhängige Ernst, daß der Wiederaufbau nicht nach den Richtlinien erfolgt, die wiederholt von der internationalen Arbeiterschaft aufgestellt worden sind. Der deutschnationale Abg. Laverenz stimmte ein Klagegedicht an über den Verlust der deutschen Kolonien und behauptete die Regierung sowie das deutsche Volk, alles zu tun, um endlich wieder Kolonien zu bekommen, in denen man Diamanten suchte und Datteln ernten kann. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß der Kommunist Frölich an allem, was das Wiederaufbauministerium bisher getan hat, sein gutes Haar lieh. Es ist auch nicht verwunderlich, daß er seine Rede benutzte, um unsere Partei erneut des Verrats an der Arbeiterklasse zu beschuldigen. Ob das seinem Nebenworte den gewünschten Erfolg bringen wird?

Während dieser Debatte, die mit Frölichs Rede endigte, war der Reichskanzler im Hause erschienen. Eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte gab ihm Gelegenheit, eine wichtige Erklärung abzugeben. Reichstagspräsident Gen. Lobe machte entsprechend den Beschlüssen des Kabinettsrates den Vorschlag, die nächste Sitzung am Donnerstag einzuberufen und in ihr mit der Beratung des Branntweinmonopolgesetzes zu beginnen. Im Verein mit der deutschen Volkspartei ließen die Deutschnationalen gegen diesen Vorschlag Sturm. Sie wollten unter keinen Umständen über das Branntweinmonopolgesetz beraten, vielmehr die ganze nächste Woche für den Reichstag freilassen. Die Herren befürchteten, daß aus dieser „Neberlieferung“ nichts Gutes herauskommt wenigstens nicht für sie. Der Reichskanzler er-

klärte darauf, daß es aus außenpolitischen Gründen notwendig sei, schnellstens mit den Steuerberatungen zu beginnen. In der nächsten Woche soll, so sagte er, Klärung über die Gesamtheit der Vorlagen erfolgen. Das ist unbedingt notwendig, wenn wir in der Welt ernst genommen werden wollen. Auch Genosse Wels erklärte für die sozialdemokratische Partei, dem Antrag der Rechtsparteien nicht zustimmen zu können. Der Antrag der Kommunisten, am Montag wieder zusammenzutreten und ihren Antrag auf Aenderung des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches zu beraten, wurde gegen die Stimme des Herrn Frölich abgelehnt. Angenommen wurde der Vorschlag des Reichstages, am Donnerstag mit der Steuerberatung zu beginnen.

Sitzungsbericht

Berlin, 4. März. Präsident Lobe eröffnete die Sitzung um 1.30 Uhr; am Regierungssitz Staatssekretär Müller. Auf der Tagesordnung stehen zunächst sieben Anträge, die die Genehmigung zur Einleitung von Strafverfahren gegen die Abg. Unterleitner (M.S.P.), Büchel (Komm.), Biener (D.N.), Buchta (M.S.P.), Reich (Komm.), Reil (Soz.) und Jaub (D.N. Volksp.) betreffen. In allen Fällen beantragte der Geschäftsordnungsausschuß Nichteröffnung der Verhandlung; das Haus tritt diesem Beschlusse bei.

Der Gesetzentwurf zur Aenderung der Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Uebergangszeit wird dem volkswirtschaftlichen Ausschusse überwiesen. Durch die Vorlage werden die Landesregierungen ermächtigt, für die Viehmärkte zum Zweck der Preisfestlegung von Preis und Gewicht der Tiere Vorschriften zu erlassen und Einzelheiten anzuknüpfen, insbesondere aber den Schlachtfleischgewinn vorzusehen und den Handel nach Lebensbedarf anordnen. Das Gesetz zur Ueberleitung des Rechtszustandes in Oberschlesien wird in allen drei Lesungen angenommen.

Darauf wird die 2. Lesung des Gesundheitsplanes beim Wiederaufbauministerium fortgesetzt. Staatssekretär Müller legt die Aufgaben des Wiederaufbauministeriums dar. Die in der Presse erschienene Mitteilung, daß das Wiederaufbauministerium aufgelöst werden soll, ist völlig aus der Luft gegriffen. Einem so komplizierten Apparat mit so wichtigen Aufgaben kann man nicht ohne weiteres einen anderen Reichsbehörde angliedern. Der Redner gibt einen Überblick über die Aufgaben des Ministeriums. Die erste ist Durchführung der Wiederaufbauarbeiten, die Durchführung von Maschinen, Entsendung von Material und Arbeitskräften in die zerstörten Gebiete, fernere Entschädigungen des Auslandsdeutschen. Dazu kommen die Durchführung des deutschen Kriegsmaterials, die Durchführung des Friedensvertrages auf dem Gebiet der See- und Völkerrechtspflege und der Schifffahrt und Abwicklung der alten Sozialverwaltung. Die Verminderung der Beamten auf 75 haben wir schweren Herzens hinzunehmen. Was die Ausgaben anbelangt, so wird die Regierung das Mögliche tun. Von einer Verschleppung der Abwicklung der Sozialverwaltung kann keine Rede sein. Zur Durchführung der Sozialleistungen für die Hilfswaisen hat die Reichsregierung alles getan; von der Gegenseite hat diese Arbeit eine nicht sehr warme Aufnahme gefunden. Das Handwerk wird in nächster Zeit zu den Sozialleistungen voraussichtlich in erhöhtem Maße herangezogen werden. Wir waren stets für eine weitgehende Beteiligung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau, haben aber dabei bisher bei den deutschen Arbeitern keine Geneigtheit gefunden. Trotzdem wird die deutsche Regierung nicht aufhören, der französischen Regierung deutsche Arbeitkräfte anzubieten.

Abg. Dr. Haas (D.N.): Den durch den Krieg Beschädigten muß schnell geholfen werden. Die Entschädigung auf der Grundlage des Referentenentwurfes ist für die Beschädigten nicht vortheilhaft. Der Gehalt der unergänzlichen Schuldverschreibungen muß in den Entwurf aufgenommen werden. Das Wiederaufbauministerium sollte auch die Frage der Nationalanleihe in der Reichsleiter Aufgaben einbringen. Für die Sozialleistungen halten wir den freien Verkehr für notwendig.

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.): Die Regierung ist selbst schuldig, wenn es so scheint, daß das Wiederaufbauministerium überflüssig sei. Warum läßt sie den Posten so lange unbesetzt? Wir treten für sofortige Besetzung ein. Das Ministerium sollte für ein planmäßiges Zusammenarbeiten der ihm unterstehenden Stellen sorgen. Der Zutritt aus dem Osten ist wieder sehr wichtig. Ich fürchte, daß das Finanzministerium durch die Verschleppung des Entschädigungsgesetzes die Bemühungen des Wiederaufbauministeriums sabotiert. Auch wir halten neben den Lieferungsverträgen den freien Verkehr zwischen den deutschen Lieferern und dem Verbrauch des zerstörten Gebietes für notwendig.

Abg. Dr. Diermann (Volksp.): Weist darauf hin, daß durch die Geldentwertung diejenigen benachteiligt werden, die

zuletzt entschädigt werden. Es müsse daher die Entschädigung im Verhältnis zur Geldentwertung erfolgen. Bei den Entschädigungen muß der freie Verkehr eingeführt werden.

Abg. Laverenz (D.N.) hebt hervor, daß mit dem Wiederaufbau auch das Schicksal unserer Kolonien eng zusammenhängt. Die Forderung des Kolonialgeheimnisses darf nicht einschlafen. Die Zustände in unserer Schutzgebiete sind unerträglich. Die Aufteilung unserer Kolonien dar ein frecher Raub. In Deutsch-Südwestafrika ist die wirtschaftliche Lage der Deutschen sehr schwierig, viel schlimmer sind aber die Verhältnisse noch in den übrigen ehemaligen deutschen Kolonien, weil die Deutschen fast überall vertrieben worden sind. In Ostafrika sind die ehemals blühenden Pflanzungen verlassen worden. Noch größer steht es in den unter französische Herrschaft gekommenen Kolonien Marokko und Togo. Dort werden Truppen für Frankreich ausgedient, die nach Belieben überall verwendet werden dürfen. Die Bevölkerung hat Entbehrungen erlitten. Auch in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten sind die Verhältnisse ganz unerträglich; das gilt ganz besonders von Samoa. Das Mandatensystem hat sich also als ganz verfehlt erwiesen. Wir hoffen, daß bald wieder eine Stunde schlägt, wo Deutsche zur Kulturarbeit in deutsche Kolonien hinausgeschickt werden.

Abg. Frölich (Komm.) erhebt Einspruch gegen den Vertrag über die Wiedererstattung von Leistungen, weil die kapitalistische Natur sei. Der Unionsrat spindelt Scheinleistungen und diesen besetzt nur im Kopf Dr. Rathenau. Man bereichert sich auf Kosten der Bauern.

Abg. Jaub (Volksp.) bemerkt, daß bei Abschluß des Reparationsabkommens der Reichstag nicht zugezogen worden ist. Er befürchtet, daß Handwerk und Kleinindustrie bei den Leistungen wieder einmal zu kurz kommen.

Staatssekretär Müller teilt mit, daß wegen der Frage der Verschleppung für das Handwerk bereits Erörterungen eingeleitet sind. Hoffentlich werden sie zu einem Ergebnis führen, damit die Frage der Kredithilfe für das Handwerk in befriedigender Weise gelöst wird. — Damit ist der Haushalt des Wiederaufbauministeriums erledigt.

Präsident Lobe schlägt vor, die nächste Sitzung am Donnerstag abzuschießen und auf die Tagesordnung das Branntweinmonopolgesetz zu setzen. Der Reichstag sei bemüht, die Steuererhebung so schnell wie möglich zu Ende zu bringen.

Die Abg. Schulz-Wechsungen (D.N.) und Jaub (D.N.) bitten die Steuererhebung nur im ganzen zu behandeln, also das Branntweinmonopol von der Tagesordnung der Donnerstagssitzung noch abzugeben.

Reichskanzler Dr. Brüning: Ich bin wiederholt von der Kommission dahin unterrichtet worden, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit mit wenigen Sitzungen die Kommissionsberatungen zum Abschluß gebracht werden könnten. Man muß bei der Erledigung des Steuererwerkes auch darauf Bedacht nehmen, daß eine rasche Erledigung besser ist, als eine Verzögerung um Tage oder gar um Wochen. Wenn wir schon in der lauren Apfel beißen müssen, so muß man sich auch klar sein, daß eine rasche Erledigung nach monatelangen Beratungen jetzt geradezu als eine außerpolitische Notwendigkeit erscheint. Jetzt muß über das Steuererwerbsgesetz die politische Entscheidung fallen. In einer Beratung des Reichstages am eine Woche würde ich einen politischen Fehler sehen. Wir werden eine politische gute Tat tun, wenn wir bereits am Donnerstag im Plenum in die Lesung über das Branntweinmonopol einleiten, insbesondere über das Branntweinmonopol. Ich will dann keinen Zweifel lassen, daß in der nächsten Woche eine vollkommene Klärung über die Gesamtheit der Vorlagen erfolgen soll. Es ist notwendig, daß die politischen Parteien über die Konstitution der Zwangsanleihe alsbald ins rechte Licht gesetzt werden. Sollten die bereiteten Steuererwerbsgesetze zusammenkommen, so könnte das vielleicht schon im Wintermonat geschehen, um über das Gesamtbild der Lage die innere und außenpolitische absolut notwendige Klarheit herbeizuführen. Wollen wir in der Welt ernst genommen werden — und das ist unser Wunsch — so müssen wir dieses Werk nun auch zum endgültigen politischen Abschluß bringen. (Beifall bei den Reaktionsparteien.)

Abg. Wels (Soz.): Nach dieser ersten Rahmung des Reichskanzlers würden wir es nicht verantworten können, dem Antrag Schulz zuzustimmen.

Nachdem Abg. Schulz (D.N.) erklärt hat, daß seine Partei sich nicht abhalten lassen werde, das Branntweinmonopolgesetz auf die Tagesordnung zu setzen, beantragt Abg. Koenen (Komm.) die nächste Sitzung am Montag abzuschießen und den kommunistischen Antrag auf Aenderung des § 218 des Strafgesetzbuches zu beraten.

Nach einer kurzen Erklärung des Abg. Dr. Lewi (N.D.) stimmt das Haus dem Vorschlag des Reichstages zu. Nächste Sitzung Donnerstag, 2 Uhr. Schluß gegen 6 Uhr.

Das Winkelquartett

Eine komische Kleinstadtgeschichte

Von Anna Croissant-Ruit

Anna Croissant-Ruit ist am 10. Dezember 1880 zu Würzburg in der sonnigen Pfalz geboren. Ihre erste literarische Betätigung fällt in die Zeit des jugendlichen überschwümmenden Naturkosmos und trägt dessen Züge mit einer Schärfe, daß man die frühesten Ergüsse ihrer Feder direkt unerschrocken als männlich bezeichnen kann. Begreiflich erscheint es demnach, daß die Schriftstellerin, die so gar nicht marxistisch an sich hatte, gerade unter ihren Geschlechtsgenossen so wenig Lehren finden. Ans stehen viele dieser Geschichten aus der Frühzeit nahe durch das proletarische Milieu und die Zeit, wie die Verfasserin sich in die Seelen der armen und kleinen Leute vertiefte und ihr Können nach Licht, Glück, Schönheit ausdehnt. Später wandte sich Anna Croissant-Ruit von der herben und kraffen Wirklichkeitsdarstellung mehr und mehr ab und gab über ihre Erzählungen, die zwar immer noch den realistischen Ton beibehalten, die Fülle des angeborenen Pfälzer Humors. Sie postet die Menschen auch an ihrer komischen Seite und weiß ihre lächerlichen Eigenheiten genial aufzufassen und glänzend zur Darstellung zu bringen. So gilt das „Winkelquartett“, das im Jahre 1908 entstand, aus diesem Grunde als ihre gelungenste Erzählung. Man muß von dieser Geschichte keine überweltlichen Sensationen erwarten, sondern den Blick, wie es die Verfasserin tut, liebevoll auf die Kleinwelt der Figuren richten und sich an der feingespinnnen, leise kispelnden und doch wahrhaft poetischen Darstellung der Verfasserin erfreuen.

Der heutige Tag in die alte Stadt kommt, von der ich reden will, und vor das kleine gotische Rathaus unter den mächtigen Eichen, wird vergebens nach den Gelübden Ausschauen, die in dieser Geschichte immerhin eine gewisse Rolle spielen. Eine Karte, weiß in einem dieser Gemölde der Welt Kamelunaderfrucht das Licht der Welt erlischt hat, eigentlich fast gegen den Willen und die Absicht der Mutter, und dann weiß er einen Teil seiner Jugend dort verbracht, im zweiten weiteren Gemölde seine Beherrschung durchgemacht, und im dritten seine Tätigkeit als Meister ausgeübt hat.

Auch das schmale engebüschige Haus, in dem die Rahn Rosine geboren und erzogen worden ist, und in dem ihr Vater das ehrliche und nährnde Gewerbe eines Tändlers und heim-

lichen Ferkelwebers betrieb, wird wohl nicht mehr in der Gegend stehen, die jetzt als Gargenstraße die „Boulevards“ der Stadt geworden ist und vom Marktplatz an mit hübschen Zinshäusern prangt.

Nur das einmündige Haus mit seinem späteren Aufbau, windhöflich nun und förmlich in sich zusammengefallen, wird man noch finden können, das Vater- oder besser das Mutterhaus des hinteren Max, das heute noch in der Paradiesgasse stehen muß.

Es ist richtig, so sagen das Mutterhaus, denn dem eigentlichen Vater des hinteren Max war gewiß die berühmte Karabadege, in der nur kleines und kleines Volk lebte, und die ihren Namen wie zum Höhn trug, kaum bekannt, bis zu dem Augenblick, wo er den hinteren Max, seinen leiblichen Sohn, in einer besonderen Vision aufsuchte.

Wenn dieser Vater, der Baron, einmal zur Stadt kam, so geschah das in eleganten Landauer, und sein Wagen mit dem Wappenstein gewöhnlich nur vor der Behausung anderer Adressierter, vor der der „Spitzen der Behörden“ oder vor dem Rajna des kleinen Städtchens, wo der einzige Kellner Hans, der Stolz und das Kleinod des Traktieres, in feierlicher Aufregung geriet, sobald er nur einen Schein der sandfarbenen Livree des Kutschers des Baron von Lothberg erblickte, denn es gehörte wahrhaftiger Gott mehr dazu wie nur Zerwickten schwenken, um diesen verwohnten Krautwurst zu befrachten!

Genau war der Baron nie in die Paradiesgasse gekommen, bis zu der Stunde, da er den hinteren Max im vollen Sinne des Wortes in Augenschein nahm, was in der besagten Gasse eine ungeheure Aufregung verursachte und auch für diese Geschichte nicht ohne Folgen bleiben wird.

Die Paradiesgasse waren als sehr neugierig, schlagfertig und spöttisch verfaßten und nicht umsonst ging der Vers: „Der hinter die Langgasse geht ohne Kind, hinter Sankt Martin ohne Wind, durch die Paradiesgasse ohne Speit, Der hat a Gnad von Gott.“

Davon, d. h. vom Spott, konnte der hinteren Max mit seinem langen und reizvollen Pferdeschopf ein Vieles singen! Doch nicht von ihm soll jetzt erzählt werden, obwohl er vielleicht durch den baronischen Vater mit dem schönen Coupé schon einiges Interesse erweckt hat. Der hinteren Max kann warten, er ist ja das Jüdischen von Profession geworden, er ist geboren zurückgefallen.

Eigentlich hätte jetzt wohl die hohe Weißblütigkeit des Kleinstadtes zu erscheinen, vor allem die Rahn Rosine; doch da die

schönen alten Gemölde schon den Anfang machten, soll die Rosine mit dem schwarzen Haar und einigen markanten Abgehoben ihrer Nase, in der Mitte liegen bleiben und der Kampfmaderer frühl zuerst aufmarschieren, der jemals in seinem ganzen Leben nichts hat erwarten können, was er schon bei der Geburt gemerkt, denn er kam ganz acht Wochen zu früh, war also ein Eichenmonatkind.

Damals war er freilich nicht der Kampfmadererfrucht, sondern der uneheliche Sohn der Genoveva Glode, Chätlerin, die bei seiner Geburt schon ziemlich in den Jahren war, insofern sie warmherzig und lebenswürdige Leute von da Rauter Glode oder schlichtweg Glodin nannten.

Daß das folgende gleich von zwei auferhebelich geborenen Subjekten zu handeln haben wird (siehe den hinteren Max), ist gewiß sehr fatal, aber er ist es an den Tatsachen nichts zu ändern und zurecht wird hoffentlich durch die Rahn Rosine, die so ehelich geboren ist, wie nur irgend einer, alles wieder gut gemacht. Auch gereicht es sicher zur allgemeinen Genugung, daß sich der Ferkel, zwar nicht infolge seiner illegitimen Geburt, doch wohl infolge seiner schlimmen Anlagen durchaus nicht als tadelloser Bürger, als kein einwandfreies Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft auszuweisen, und nicht die geringsten friedlichen und staatsrechtlichen Eigenschaften aufzuweisen, die von ihm hätten gefordert werden können, so daß mit vollem Recht seine Befreiung über ihn herrsche, ganz in Uebereinstimmung mit der guten, d. h. besseren Bevölkerung des Städtchens, die von Anfang an prophetisch gesagt hatte: „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm.“

Vorherhand, oder bis jetzt ist aber der kleine, sehr kleine Ferkel, erst andeutungsweise geboren, und noch immer ist wohl die Mutter Genoveva Glode, lieber keine „Geborene“, erwähnt, aber kein Wort vom Vater gesagt. „Da eben, ja eben, aber wie Genoveva Glode sagte, „ja eh, ja eh“, da hat der Vater ein Wunder war es ein „hölliches“ Wunder, daß der Ferkel nicht auf öffentlichem Marktplatz unter den Lindenbäumen zur Welt kam, oder wenn es widerstrebt, das Wunder zu nennen, ein reiner Zufall.

Der biden Chätlerin Genoveva Glode (nach Weid, nicht Rauter Glode genannt), war die Geschichte nach zwanzigjähriger Pause, während der sie vor sich selber und vor den anderen quasi wieder zur Jungfrau geworden war, eine heillose Hebererziehung. Sie konnte und konnte nicht daran glauben.

(Fortsetzung folgt.)

Die Hauptursache des Lokomotivführerstreiks

Ein Lokomotivführer schreibt uns:

Über die eigentlichen Ursachen des Defizits der Eisenbahn ist schon verschiedentlich im „Volkswort“ geschrieben worden. Es wurde nachgewiesen, daß nicht allein die Gehalts- und Lohn-erhöhungen der Eisenbahnbediensteten die Schuld am jetzigen Defizit trägt, sondern der Profit, den die Lokomotivindustrie aus den Eisenbahnmaterialelieferungen zu ziehen versteht. Es ist deshalb unstatthaft, und das sollte sich die Regierung auch merken, bei jeder neuen, durch die Teuerung notwendig werdenden Lohn- und Gehaltsregulierung mit diesem Defizit zu jonglieren. Doch davon soll zunächst nicht gesprochen werden, sondern von dem, was die Gruppe der Lokomotivführer bei der neuen Befolgsverordnung besonders verärgerte und was als eine Hauptursache der Streikstimmung beim letzten Eisenbahnstreik empfunden wurde. Und das ist die zu niedrige Einschätzung des Dienstes der Lokomotivführer in der Befolgsverordnung. Durch systematische Titelverleihungen wurden viele Vizebeamten, die früher mit und unter den Lokomotivführern rangierten, über diese hinaufgehoben. Sogar die Telegraphisten wurden als „Betriebsfachmänner“ in Gruppe VI rangiert und damit den Lokomotivführern gleichgestellt. Die Arbeitsleistung dieser gehobenen Beamten und Beamtinnen wurde nicht gehoben, sie blieb trotz Höherbewertung die gleiche, während der Dienst auf der Lokomotive bei jeder Tages- und Nachtschicht durch die ständig fortschreitende Technik immer höhere Anforderungen an die geistigen und körperlichen Kräfte des Mannes stellen und dessen Verantwortlichkeit erhöhen.

Die Titelverleihungen der oberen Beamten, welche eine höhere Eingruppierung zur Folge hatte, bedingten Nachzahlungen, die den Jahresgehalt zweier unteren Beamten ausmachten. Durch das neue Stufengehalt erhielten die oberen Beamten abermals eine Einkommensverbesserung und zwar Gruppe X 8568 M, XI 11242 M, XII 14890 M, XIII 20238 M. Es zeigte sich, daß die Regierung den einfacheren Bürokraten höher einschätzte, als jede praktische Arbeit.

Den Punkten ins Pulverfaß legte aber die Regierung durch den Referentenentwurf des Arbeitszeitgesetzes, der als Ausnahmeregeln für bestimmte Eisenbahngruppen, und vor allem für den Betriebs- und Verkehrsdienst wirkt. Alle Beamten mit über 30000 M Gehalt waren der Wirkung des Gesetzes entzogen. Dieser Gesetzesentwurf wurde seitens der Gewerkschaft abgelehnt, mit der Begründung, weil es den definieren Begriff entfällt: Dienstleistungen können bis zu 15 Stunden ausgedehnt werden. Auch konnte der Reichsberufungsamt in seinen starken Verfalls Abweichungen vom Gesetz bemerken. Doch dies noch eine Erwähnung über die 15stündige Dienstzeitdauer hinaus ergeben hätte, steht zweifelhaft fest. Alle Beamten über 15 Minuten gälten nach dem Entwurf als Ruhe. Das dies für den Betriebsdienst für eine Bedeutung gehabt hätte, wo stets Personalmangel vorliegt, wußten wie beteiligten Bediensteten genau.

Daß die Regierung mit der bestimmten Annahme dieses Entwurfs rechnete, beweist die Tatsache, daß das R.R. bei einzelnen Eisenbahndirektionen das Gesetz anwenden wollte, bevor es Gesetzeskraft erlangt hatte. Die Reichsgewerkschaft wollte verhandeln, und stellte diesbezügliche Verbesserungsvorschläge. Jedoch alles scheiterte an der starken Ablehnung der Regierung. So wie früher den Lokomotivführern die Einreichung in Gruppe VII versprochen wurde, und nicht gehalten wurde, so ging es jetzt wieder. Damals sagte der Regierungsdirektor Staatssekretär Sailer: „Wenn die Regierung etwas versprochen hat, und hält es nicht, hat sie eben die Verantwortung zu tragen.“ Alle diese angeführten unglücklichen Maßnahmen trugen dazu bei, die Unzufriedenheit der unteren und mittleren Beamten zu steigern, welche letzten Endes sie zum heroischen Schritt des Streikes trieb. Die Lokomotivführerschaft bemerkt, daß es so weit kommen mußte, sie trägt denjenigen die Verantwortung zu, welche es verhinderten, den berechtigten Forderungen der Eisenbahner entgegenzukommen, ehe es zu spät war. J. K.

Aus der Stadt

• Karlsruhe, 6. März
Geschichtskalender

6. März, 1521 Entdeckung der Marianen durch Magellan. — 1910 Festige Straßenkämpfe in Berlin. (Auch folgende Tage). — 1921 Landtagswahlen in Ostpre.

Karlsruher Parteinachrichten

Sozialdem. Verein. Heute Montag abend 7 1/2 Uhr im Volkshaus freudig über die 2. Stadtkonferenz. Die Vorstandsmitglieder werden am morgigen Sonntag erscheinen. **Bildungs-Ausschuss.** Wir verweisen hiermit auf den am Mittwoch, 8. März, abends 8 Uhr, im „Gefanten“, Kaiserstr., stattfindenden Vortrag von Gen. Dr. Bollig, Oberregierungsrat im Justizministerium. Das gestellte Thema: „Nicht-erwählung ist so aktuell, daß kein Parteimitglied es unterlassen sollte, diesen Vortrag zu besuchen. Eintrittskarten sind bei den bekannten Stellen nach zu haben.

Bezirk Ruitheim. In der Parteiverammlung am Dienstag den 7. ds. Mts., abends 8 Uhr, im „Schwanen“ spricht Genosse Stadtrat Philipp über das Thema „Bauhüttenbetriebsverband“. In einer Zeit, wo das Bauhandwerk und der Wohnungsbau stärker denn je im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht, ist dieses Thema sicher wichtig und lehrreich. Die Parteigenossen mögen vollläufig erscheinen, Volkshausbesucher willkommen.

Ausschussversammlung der Allgem. Ortskrankenkasse Karlsruhe

Der Vorstand der Allgem. Ortskrankenkasse hatte die Ausschussmitglieder zu einer Versammlung am Mittwoch nachmittags in das Verwaltungsgebäude der Kasse eingeladen. Bedingt war die Ausschuss-Versammlung zwecks Herbeiführung eines Beschlusses zur Herabsetzung der Beiträge an die Mitglieder. Bekanntlich hat die Kasse ab 1. Januar ds. Js. nach dem Gesetz vom 28. Dezember 1921 den Grundlohn bis auf 80 M pro Tag erhöht, und das Krankengeld auf 75 Prozent des Grundlohnes für die Krankheitsdauer festgesetzt. Die Erhöhung des Krankengeldes in der höchsten Stufe von 18 M auf 60 M pro Tag, sowie die Aussetzung von erkrankten Gruppen-Epidemie haben die Kasse aber so belastet, daß dieselbe auf die Dauer die ganz ungenügend gestiegenen Krankengelder ohne Gefährdung derselben nicht mehr länger tragen konnte. So betrug z. B. das Krankengeld in der Woche vom 1. bis 7. Januar 257 724 M, und stieg in der zweiten Woche des Januar auf 518 871 M, auf welchem Stand es stehen blieb, und sogar in der Woche vom 12. bis 18. Februar auf 530 602 M anwuchs. Die Ausgaben für Krankengeld betragen 1/2 der Gesamteinnahmen der Kasse, welcher Betrag bei weitem den prozentualen Zuschuß der Arbeitgeber auf 65 Prozent und für Beiträge auf 50 Prozent des Grundlohnes herabzusetzen sei. Da der Vorstand sich bemüht hat, daß bei den steigenden Lebensmittelpreisen und aller Bedarfsartikel die Herabsetzung des Krankengeldes für bedürftigste Krankheitsglieder eine schwere Schädigung der sowie

schlechten Verhältnisse derselben bedeuten würde, hat er im Hinblick auf den in der Woche vom 19. bis 25. Februar konstatieren besseren Krankenstand, und damit ein Zurückgehen auch des Krankengeldes um 60 000 M beschloßen, dem Ausschuss die Vorlage in abgeänderter Form dahingehend zur Annahme zu empfehlen, daß den Arbeitgeber aus fernherhin 75 Prozent des Krankengeldes vom Grundlohn gewährt werden solle, während die Ledigen nur 50 Prozent erhalten sollten.

Der Ausschussvorsitzende, Arbeitersekretär G. Erb, eröffnete die Ausschuß-Sitzung und gab die Tagesordnung bekannt, worauf der Vorsitzende der Kasse, Gewerkschaftssekretär Hof, die Vorlage eingehend begründete. Er wies insbesondere darauf hin, daß die Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe mit 7,32 Prozent erwerbsfähiger Kranken in Deutschland aufweist. Die Beobachtung der ganzen Verhältnisse habe gezeigt, daß insbesondere die jungen Leute die Kasse in unerschwinglich großer Zahl in Anspruch nehmen, und dies insbesondere von Hausmitglidern, welche auf dem Lande wohnen. Bei einem Krankenstand von über 2500 sei von den Ärzten in den letzten 6 Wochen fast kein Neuzulassungsbefehl erteilt worden. Dies lasse die Vermutung aufkommen, daß ärztlicherseits nicht die genügende Rücksicht auf die schwierigeren Verhältnisse der Kasse genommen wurde. Es sei doch auffällig, daß in Mannheim am 4. ds. Mts., in Frankfurt am 12. ds. Mts., in Wiesbaden am 12. ds. Mts. und in Karlsruhe am 12. ds. Mts. eine ganz abnorme Höhe erreicht habe.

Von freigeberlicher Arbeitnehmerseite wurde betont, daß die Kontrolle besser durchgeführt werden müsse, daß die Krankheitsdauer in den Betrieben darauf achten müßten, daß eine unbedingte Inanspruchnahme der Kasse seitens einzelner Krankheitsglieder mit allen Mitteln bekämpft werden müßte. Die jetzt hergehenden Vorschläge würden auch wieder eine größere Spannung zwischen Krankengeld und Krankheitsdauer bringen, was auf die unbedingte Krankheitsdauer sicher auch einen Einfluß ausüben würde. Durch die jetzt eingehende bessere Jahreszeit würde der Krankenstand auch zurückgehen und die Verhältnisse sich bessern. Die Spannung zwischen dem Krankengeld für Verheiratete von 75 Prozent, des Grundlohns und 50 Prozent für Ledige sei zu groß. Die freigeberlichen Vertreter der Arbeitnehmer beantragten deshalb eine Beitragserhöhung von 1/2 Prozent, und Herabsetzung des Krankengeldes nicht auf 50, sondern nur auf 60 Prozent. Seitens der Vertreter der christlichen Gewerkschaften wurde Herabsetzung des Krankengeldes für Ledige auf 50 Prozent beantragt. Die Ledigen müßten im Interesse des sos. Ausgleichs gegenüber den Verheirateten ein Opfer bringen. Sollte es möglich sein, den Ledigen 60 Prozent, auch fernweiligen Vertreter für diesen Antrag zu haben. Seitens der Vertreter der Arbeiterseite wurde jede Beitragserhöhung abgelehnt und beantragt, daß den Ledigen 55 Prozent, den Verheirateten 70 Prozent Krankengeld gewährt werde. In der Debatte beteiligten sich eine ganze Anzahl Auszubildender von beiden Seiten. Schließlich wurde ein Antrag der freigeberlichen Vertreter, den Verheirateten 75 Prozent zu belassen, den Ledigen aber 60 Prozent zu gewähren, gegen 16 Arbeitsgeberstimmen angenommen.

Der zweite Antrag betraf eine Abänderung des § 28, Abs. 1, Ziff. 1, Familienversicherung. Es wurde ein Antrag auf Gewährung ärztlicher Hilfe an Familienangehörige nur dann besteht, wenn der Haushaltungsvorstand beim. die den Lebensunterhalt der Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienst bestreitende Person Familienmitglied ist. Durch diese Bestimmung soll erreicht werden, daß Genauer, die nicht selbst versicherungspflichtig sind, da sie die Einkommensgrenze von 40000 M überschreiten haben, sich nicht auf Kosten der Familienmitglieder ihrer Ehefrauen freie ärztliche Hilfe verschaffen können. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Leichttechnische Ausstellung

Am Freitag abend wurde ohne besondere Feier die kleine Ausstellung eröffnet, die die Leichttechnische Gesellschaft in einigen Wohnungen des Neubaus im Fasanengarten (Eingang von der Englerstraße) veranstaltet hat. Die Ausstellung soll hauptsächlich zeigen, wie man Räume irgendwelcher Art gut beleuchtet, und um das zu zeigen, sind auch Beispiele für die Beleuchtung hergeführt. Fachkundige Führung, an der sich Studierende der Technischen Hochschule in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt haben, erläuterte die einzelnen Darbietungen.

Es wird z. B. ein Wohnraum gezeigt, der mit dem früher und auch noch heute üblichen dreifachstrahligen Lichtstrahl ausgestattet ist. Diese Beleuchtungsart ist schlecht, denn die Lichtstrahlen sind nicht auf die intendierten Flächen der Glühlampen gerichtet, sondern sie streuen sich über den Raum. Die Verhältnisse sind nicht auf die intendierten Flächen der Glühlampen gerichtet, sondern sie streuen sich über den Raum. Die Verhältnisse sind nicht auf die intendierten Flächen der Glühlampen gerichtet, sondern sie streuen sich über den Raum.

Die betriebl. Nebenzimmer einen Raum, der mit modernen Lichtmitteln gut beleuchtet ist, nämlich mit einer Lampe, von deren Glühbirnen direkte Lichtstrahlen nicht in das Auge gelangen können. Ein schönes Beispiel wieder stellt der nächste Raum dar, in dem eine nackte Glühlampe von beträchtlicher Größe mit einem Reflektor den Raum erleuchtet. Ein anderes Paar von Räumen ist in sehr verschiedener Größe beleuchtet, nämlich mit 200 Lux der eine und mit 15 Lux der andere. Die Besucher werden zuerst vom hellen zum dunklen Raum, dann vom dunklen zum hellen Raum geleitet. Die Verschiedenheit der Empfindung, die auf der Rangfolge der Abstände des Auges beruht, wird dadurch deutlich. In anderen Räumen wird der Unterschied bei dunklen und hellen Tapeten veranschaulicht, sowie wie man beleuchten soll, wenn man in Spiegel schaut.

In einem anderen Räume wird die Wirkung der Lichtfarbe auf die Farbe, in denen genetzte und andere Stoffe erscheinen, gezeigt. In zwei Räumen wird dargestellt, wie man ein Schaulinien richtig und wie man es falsch beleuchtet. Und schließlich sind in einem Räume Lampen ausgestellt, die sich teils durch richtige und zweckmäßige Konstruktion, teilweise aber gerade durch das Gegenteil auszeichnen.

Es ist verdienstlich, daß die Leichttechnische Gesellschaft durch diese kleine aber genaue Ausstellung, der ersten ihrer Art, einem großen Publikum zeigt, wie man falsch und wie man richtig beleuchtet. Der Eintritt — täglich von 6 bis 9 Uhr abends — ist unentgeltlich und sei bestens empfohlen. Die Ausstellung dauert bis 12. März.

• Bürgerausstellung. Am Mittwoch, den 15. März ds. Js., nachmittags 4 Uhr, findet im großen Rathausaal eine Bürgerausstellung statt.

• Erhöhung der Tarife der städt. Straßenbahn. Im Hinblick auf die gesteigerten Aufwendungen, die sich infolge der hohen Lohn- und Gehaltssteigerungen und des Anstiegs des Strom- und Materialpreises ergeben, ist eine Erhöhung der Fahrpreise der städt. Straßenbahn mit Wirkung vom 16. ds. Mts. an erforderlich. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerauschusses wird der Tarif von 1,50 M auf 2 M und von 2 M auf 3 M erhöht. Bei den übrigen Tarifausweisen treten gleichfalls entsprechende Preisänderungen ein.

— Was ist es so viele Kranke Frauen? Die meisten nochmals an dieser Stelle auf den morgigen Dienstag abend 8 Uhr, im großen Rathausaal stattfindenden Vortrag des Verbandsvorsitzenden für Volksgeundheit, Herrn Hermann Wolf aus Dresden, über obiges Thema hin. Karten für den Saal 2 M, Galerie 1 M, sind in den auf den Plakaten ersichtlichen Verkaufsstellen im Vorverkauf erhältlich.

• Grundbesitzsumme und Hypothekensumme beim Grundbesitzamt Karlsruhe im Jahre 1921. (Die in Klammern gesetzten Zahlen sind die des Jahres 1920.) Der Jahresumsatz an Grundbesitz betrug insgesamt dem Werte nach 89 234 372 M (85 806 387 M), die Zunahme somit 3 418 005 M. Auf behauene Grundstücke entfielen 82 507 517 M (80 638 759 M), auf unbebaute 6 716 855 M (5 167 608 M). Der veräußerte Flächeninhalt mit 1 357 843 qm ist gegen das Vorjahr (1 512 040 qm) mit 154 197 qm zurückgegangen. Die Zahl der Eintragungen von Eigentumsübergängen an Grundbesitz belief sich auf 1435 im Gesamtumfange von 75 850 084 M (78 229 908 M). An Ausländer — Amerikaner, Schweizer und Franzosen — und an im Ausland wohnende Deutsche sind in 78 Fällen Grundstücke im Gesamtumfange von 13 890 810 M übergegangen, und zwar bebauete mit 12 747 951 M und unbebaute mit 1 142 859 M. In 1153 (1184) Fällen wurden Hypotheken im Gesamtumfange von 60 981 688 M (56 688 760 M) eingetragen, an erster Rangstelle 335 (372), an zweiter 279 (300), an dritter ujm. 538 (482). Der Zinsfuß für erste Hypotheken betrug sich zwischen 4 und 5 Proz., die Mehrzahl war zu 4 1/2 Proz. verzinlicht, seit 1. April meist zu 4 3/4 Proz. Bei zweiten Hypotheken betrug der Zinsfuß meist 5 Proz., in einigen Fällen 6 Proz. und mehr. Dritte Hypotheken waren in der Hauptsache zu 5 1/2 Proz. verzinlicht, der Zinsfuß lag in einigen Fällen auf 6 Proz. und darüber. Geleitet wurden Hypotheken im Gesamtumfange von 25 323 083 M (27 720 028 M) auf 1808 (2088) Grundstücken.

• — Der Reichsleiter-Beiratsverein Karlsruhe. Am Sonntag den 28. fand hier eine Bezirkskonferenz des 2. Bezirgs des Deutschen Reichsleiterverbandes unter dem Vorsitz des Bezirksleiters A. K. K. am Sonntag statt. In dieser Konferenz nahmen die Abgeordneten oder deren Stellvertreter, sowie Gruppenvorstände von Geilbrunn, Geilbrunn, Lörach und Karlsruhe, welche die Gruppen 5, 6, 7 und 8 auf dem am 28. 1921 in Erfurt stattfindenden Abgeordnetenrat vertreten, teil. Es wurden die wichtigsten von den 885 aufgestellten Anträgen an den Verband, und Vereinsleistungen, zu den Wahlen, Unterhaltungen und Vereinsleistungen, sowie die Anträge zur Brand- und Sterbefälle einer kurzen Aussprache unterzogen, auch nahmen der Geschäftsstellenleiter, sowie der Bräutigam des Bräutigams, Frau und Kind, welche die Vereinsmitglieder der Gruppe 8 (Karlsruhe) leiten, daran teil. Die Tagung dauerte von morgens 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr; es wurde ersprießliche Arbeit geleistet.

• Das neue Reichsiegel. Das neue Reichsiegel liegt zur Begutachtung vor. Es ist ein Reichsdiplom in der Gestalt eines Goldes, das für den Inhalt der Reichsdiplome schon einigermäßig bekannt ist. Die neue Ausfertigung zeigt, in mehreren Größen hergestellbar. Der Entwurf stammt von Siegmund von Weich in München.

• Die Physik von der Lebensverlängerung. Man schreibt uns: Es wird in neuem, aber von allen Überaltonen erzielten, einen Genstand wieder aufleben, wenn jemand weiß, wie er die schädlichen Lebensbedingungen umgibt, und wie er die Widerstandsfähigkeit seines Körpers heilt. Wenn es auf diese Weise gelangt, das gesellshaftliche Leben, das vielfach gesundheitsgefährliche Auswüchse zeigt, in sanfterer Beziehung umzuändern und zu verbessern, dann wird die Lebenskraft des Einzelnen wachsen und die Gesamtheit des Volkes auf eine höhere Stufe gehoben werden. Ein unerforschlicher Quell derartiger Erfindungen fließt aus der Ausstellung des Deutschen Hygiene-Museums „Der Mensch“. Der Besucher wird hier zum Nachdenken über das Wunderwerk seines Körpers gezwungen und zum Nachdenken darüber, welchen Schädlichkeiten er sich selbst nicht unbedacht aussetzt, in welcher ungewöhnlichen Weise er gelebt und sich ernährt hat und wie er in Zukunft nicht nachmachen kann. Die Ausstellung „Der Mensch“ bleibt nur noch bis 12. März hier in der städt. Ausstellungshalle und ist täglich von 10—7 Uhr durchgehend geöffnet. Jeden nachmittags 5 Uhr, Sonntags auch um 11 Uhr vormittags, finden ärztliche Führungen statt, an denen jeder Besucher teilnehmen kann.

• 4. Jellen Vereinsanzeiger. Bei 50 und mehr Jellen Nr. 2 — die Jellen Vereinsanzeiger Nr. 250 die Jellen Vereinsanzeiger finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme. Karlsruhe. (Freie Turnerschaft e. V.) Heute abend 7 1/2 Uhr Turnersitzung im Hof. Volkshaus. Karlsruhe. (Arbeiter-Sängerzettel.) Mittwoch, 8. März, abends 8 Uhr, im Hofhaus zur „Stadt Baden“, Karlsruher Hof, Edle Leisingstr. Kartellversammlung, um vollläufiges Erscheinen bitten. Der Vorsitzende.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

• Eheschließungen. Karl Meyer von hier, Schloßer hier, mit Elsa Müller von hier. Wendelin Fösch von Bischofsweier, Schloßer in Bischofsweier, mit Ida Kurz von hier. Johann Peters von St. Ingbert, Dtl.-Ing. in Charlottenburg, mit Charlotte Schulz von Mannheim. Clemens Weiermann von Ruppertsheim, Schreiner in Goggenau, mit Rosa Lux von Bischofsweier. Karl Böller von Rieblingen, Kaufmann hier, mit Bertha Böger von Rieblingen. Albert Ruff von Ströbberg, Kaffee hier, mit Julie Böhler von Rieblingen. Jakob Dierck von Rieblingen, Schreiner hier, mit Emma Willmann von Gmünd.

• Geburten. Göttrich Maria Anneliese, Vater Rich. Herrmann, Jugendmeister. Helge, Vater Rich. Aloh. Bödermann, Josef Georg, Vater Martin Bauer, Mag.-Arbeiter. Helms, Vater Emil Urban, Kaufmann. Elise Beria, Vater Wilh. Joh. Bödermann, Arbeiter. Heinz, Vater Karl Wilhelm Benzler, Schloßer. Wilh. Ludwig, Vater Karl Adr. Herrmann, Arbeiter. Helene Friede, Vater Otto Hespel, Kfm. Arbeiter. Heinz Wolfram, Vater Ernst Schuler, Eisenbahninspektor.

• Todesfälle. Konrad Gerold, Seiffelstecher, Chemiker, alt 78 Jahre. Adolf Zud, Schreiner, Chemiker, alt 72 Jahre. Rosa Krauß, alt 65 Jahre. Chefran des Lokomotivführers Wilh. Krauß, alt 65 Jahre. Clara Müller, Wollwäckerin, alt 46 Jahre. Gertrude Gräber, alt 87 Jahre. Witwe des Gertrude Gräber, alt 87 Jahre. Chefran des Postkassens Wilh. Wenzel, alt 34 Jahre.

• Begräbnisse und Trauerhaus erwachsener Verstorbener. Montag, 6. März, 1/2 Uhr: Emma Frick, Chemiker, Domänenpächters-Witwe, Solfenstraße 171. 1/2 Uhr: Gustav Na, Tagelöhner, Wilmstraße 19. 2 Uhr: Konrad Gerold, Seiffelstecher, Wilmstraße 25. 2 1/2 Uhr: Clara Müller, Wollwäckerin, Wilmstraße 8. Feuerbestattung. 3 Uhr: Gertrude Gräber, Gertrude, Wilmstraße 15 (im Mühlberg beerdigt). Helene Krauß, Lokomotivführers-Gehilfin, Augustenstraße 98. 3 1/2 Uhr: Josef Böcher, Kaufmann, Solfenstraße 15. 4 Uhr: Walburga Kaul, Eichweibers-Chefran, Werdstraße 89.

